

# prokino Filmverleih GmbH

Ungererstraße 84 · D-8000 München 40  
Telefon (089) 36 50 81 · Telex 5 213 520  
Telegrammadresse prokino muenchen

prokino Filmverleih GmbH · Ungererstraße 84 · D-8000 München 40



## "Tanz der Teufel"

Verfassungsbeschwerde gegen  
die gerichtliche Beschlagnahme

München, 9. Januar 1986

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Liebe Freunde und Kollegen,

als im Jahr 1984 die Diskussion um Gewalt in den Medien einen gewissen Höhepunkt erreichte, lief die Horror-Parodie "Tanz der Teufel" (The Evil Dead) des begabten blutjungen Regisseurs Samuel Raimi unbeanstandet mit Erfolg in den deutschen Kinos.

Der Film wurde auf Video angekündigt und kurz nach der Auslieferung griff die Staatsanwaltschaft München ein, beschlagnahmte zunächst alle Video-Kassetten und verbot alle Aufführungen in den deutschen Kinos nach Feststellung der Identität der Kino- und der Videofassung.

Die erste Instanz (Amtsgericht München) bestätigte die Beschlagnahme wegen "Verharmlosung von Gewalt", einer Alternative des § 131 StGB, die zum ersten Mal justiziabel wurde. Die Berufung (2. Instanz) fand vor dem Landgericht München am 1. und 7. Oktober statt; ihr wurde nicht stattgegeben.

Im November 1985 legte der Geschäftsführer von Prokino, Stephan Hutter, und der Geschäftsführer der mitbeteiligten Videofirma VCL Communications Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht ein.

Bei "Tanz der Teufel" handelt es sich um einen Film, der auf vielen Festivals ausgezeichnet wurde, von der Kritik anerkannt (*"konsequenter, reduzierter, abgeklärter und lustiger als John Carpenters 'Halloween'"*, KONKRET; *"für die 80iger das, was George Romeros Kultfilm 'Die Nacht der lebenden Toten' für die 60iger war"*, STERN; *"eine fast dadaistische Verachtung von Logik und Realismus und unterschwelliger schwarzer Humor dieser wahnwitzigen Horror-Etüde"*, DIE ZEIT.) und überall in USA, Frankreich, Italien, Spanien, Österreich und Schweiz unbeanstandet lief.

In Großbritannien wurde der Film zunächst beschlagnahmt, kurz darauf jedoch von einem englischen Gericht rechtskräftig in einer einstimmigen Geschworenenentscheidung (*"kein Verstoß gegen den Obscenity Act"*, der dem deutschen § 131 StGB entspricht) ohne Schnitte freigegeben.

Die Verfassungsbeschwerde hat folgende Zielrichtung:

- 1) Verletzung der Kunstfreiheit aus Art. 5 Abs. 3 Satz 1 Grundgesetz.  
Der künstlerische Gehalt des Films wurde vom Berufungsgericht ausdrücklich unterstellt. Die deshalb notwendige Abwägung zwischen Strafbarkeit und Kunst wurde vom Gericht nicht oder nur ungenügend erörtert.
- 2) Verstoß des § 131 StGB gegen Art. 103 Abs 2 GG (Verletzung des Bestimmtheitsgebotes).  
Die Begriffe "Verharmlosung" und "die Menschenwürde verletzend" sind unbestimmt und laden zu Mißbrauch und Erweiterung des Straftatbestands geradezu ein. Wenn sich die vom Gericht vorgenommene Interpretation des § 131 in der BRD durchsetzen sollte, können in Zukunft viele Filme des Horrorgenres, das ja seit Beginn des Kinos ein klassisches Genre ist, verboten werden.



- 3) Verstoß gegen das grundgesetzlich garantierte rechtliche Gehör (Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG).

Die Berufung am Landgericht München fand vor einer Jugendschutzkammer statt, obwohl der Film ab 18 Jahren über die Juristenkommission der FSK freigegeben worden ist.

Der Film hatte das Pech, praktisch in die Diskussion um die Neufassung der Jugendschutzgesetze sowie des § 131 hineinzufallen.

Leider zeigt sich hier ein typisch deutscher Mentalitätszug (und Gefahr): die berechtigten Anliegen für Jugendschutz einerseits und Gewalteindämmung in den Medien andererseits wurde von einer solchen, pikanterweise gerade von den Medien geschürten Hysterie begleitet, die kein Blatt vor den Mund nehmen, um beispielsweise einen Mord oder eine Vergewaltigung in spekulativer Art und Weise zu vermarkten.

Das führte zum abrupten Ausschlag des Pendels von der Seite der Ignoranz gegenüber dargestellter Gewalt zu der Seite der absurden Forderung, alle Horrorfilme sollten verboten werden, als ob Gewalt und alles Böse dieser Welt davon herrührte.

Eine kühle und sachliche Diskussion von Hotlines scheint in unserem Lande nur selten möglich und die Gesetzgeber und Gerichte tendieren dazu - wie in unserem Fall - das Kind buchstäblich mit dem Bade auszuschütten.

Das Fernsehen gefällt sich mit der Ausstrahlung von Filmen, die nach dem Urteilstenor des Berufungsgerichts eigentlich verboten werden müßten.

Aus alledem entsteht also ein Durcheinander, aus dem bestimmte gesellschaftliche Gruppen einen gewaltigen Nutzen in finanzieller und politischer Hinsicht ziehen.

Die Verfassungsbeschwerde sollte auch zum Ziel haben, Licht in diesen Dschungel zu bringen und die Situation zu klären. Pikanterweise hat das Amtsgericht Erding in seiner Entscheidung vom 29. August 1985 den Film vom Vorwurf der Verherrlichung bzw. Verharmlosung von Gewalt freigesprochen.

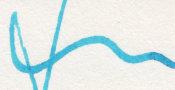
Es geht nicht darum, den Film "Tanz der Teufel" zu mögen; das kann eine persönliche Geschmacksfrage oder ein kritisches Urteil sein. Als Verleih von Filmen so bekannter Autoren wie beispielsweise Godard, Pasolini, Wertmüller, Schröter, Rivette u.a. können wir durchaus nicht der Spekulation bezichtigt werden.

Das renommierte Filmmuseum München verfaßte unter dem Titel "Erläuterungen zum Genre des Horrorfilms" ein Gutachten zugunsten der Freigabe des Films.

Zu Ihrer Information erhalten Sie in Kopie folgende vollständige Unterlagen:

- o den Wortlaut der Verfassungsbeschwerde von Herrn Rechtsanwalt Ott
- o das Gutachten des Filmmuseums München
- o die Berufungsschrift unseres Anwaltes für die Verhandlung vor dem Landgericht München
- o den Wortlaut des Urteils des Landgerichts München.

Mit freundlichen Grüßen  
PROKINO FILMVERLEIH GMBH



Stephan Hutter  
- Geschäftsführer -